

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Verlag und Redaktion: Leipzig, Stadtmühlstraße 14/16.  
Anzeigen- und Abonnementsannahme für Leipzig:  
Reudnitz, Stöttercher Straße 4.

Begründet von  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementpreis monatlich 1.50 M.  
Anzeigenpreis: die 6 gespaltene Komparille-Zeile 75 Pf.,  
kleine Anzeigen Nebenschriftzeile 20 Pf., jede weitere Zeile 15 Pf.

## München — Budapest.

### Von den Friedensverhandlungen.

#### Kein verhandeln, sondern Notensimpfangnahme.

Haag, 3. Mai. Von amerikanischer Seite wird halbamtlich durch alle verfügbaren Kanäle mitgeteilt, daß keine mündlichen Verhandlungen zwischen den deutschen und den assoziierten Vertretern stattfinden werden. Zwischen Montag und Mittwoch wird die Übergabe der Friedensbedingungen an die deutschen Delegierten erwartet. Diese können dann entweder nach Weimar zurückkehren oder in Paris zur Beschlußfassung verbleiben. In jedem dieser beiden Fälle wird der Verkehr zwischen den Verhandlern nur durch Notizen, also lediglich schriftlich stattfinden. Die deutschen Vertreter erhalten dann etwa 15 Tage Bedenkzeit, die am 22. Mai enden soll. Für eine noch etwa notwendig werdende Antwort der Alliierten auf die endgültige Antwort der Deutschen werden ungefähr 5 Tage gerechnet. Am 27. Mai wäre also alles zu Ende. Als Grund für dieses Verfahren wird lediglich angegeben, die Geschichte zeige, daß bei einem Diktierfrieden nicht verhandelt wird.

#### Einladung an Oesterreich.

Wien, 3. Mai. Die Staatskonferenz meldet: Der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Mächte hat beschlossen, die österreichischen Delegationsen einzuladen, sich mit Vollmachten versehen am Montag, den 12. Mai, abends, im St. Germain an Lage einzufinden, um die Friedensbedingungen mit den Alliierten zu prüfen.

#### Stoekung im Betrieb.

Genf, 3. Mai. „Le Temps“ meldet: Die Sitzung des Kammerausschusses, die für Sonnabend einberufen war, um den Friedensvertrag und die Stellungnahme der deutschen Delegierten zur Kenntnis zu nehmen, wurde vertagt. Man erntet daraus, daß eine Verzögerung der direkten Friedensbesprechungen um wenige Tage zu erwarten sei.

#### Forderung Italiens.

Rotterdam, 3. Mai. Nach einer Pariser Meldung des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wartet die italienische Regierung Vorschläge aus Paris ab. Sie wünsche keinesfalls den Bruch mit den Assoziierten. Italien aber werde den Friedensvertrag nur dann unterzeichnen, wenn es sicher sei, daß der Londoner Vertrag in die Friedensbedingungen aufgenommen werde.

#### Japans Bedingung.

Amsterdam, 2. Mai. „Telegraaf“ meldet aus Paris: Der japanische Delegierte auf der Friedenskonferenz, Baron Makino, erklärte, daß Japan seiner Verpflichtung, Plankonvention an China zurückzugeben, nachkommen werde. Japan wolle es jedoch selbst zurückgeben und gestatte nicht, daß man ihm diese Aufgabe aus der Hand nehme. Makino erklärte mit der größten Bestimmtheit, daß Japan an der Seite seiner bisherigen Bundesgenossen und Freunde bleiben werde.

### Erregung unter der Ruhrbergarbeiterschaft

Essen, 3. Mai. (Eig. Bericht) Eines großen Teiles der Ruhrbergarbeiterschaft hat sich einer zornigen Erregung bemächtigt, die sich gegen die Mehrheitssozialisten und die Bergarbeiterverbände richtet. Die Bildung einer allgemeinen Bergarbeiterunion findet in der Ruhr keine Unterstützung. Die Erfolglosigkeit des letzten Streiks schiebt man mit Recht der Schuld der Scheidemänner und Gewerkschaftsinstanzen zu. Daher wächst überall der Entschluß, mit allen Kräften den Sturz der jetzigen Regierung zu betreiben, man denkt dabei an die Errichtung einer Räterepublik Rheinlands-Westfalens. So groß ist die Erbitterung gegen die Scheidemänner, daß diese es für gerätlich hielten, in Worme auf die Rekanstaltung eines Matuzuges zu verzichten.

Eine neue anberaumte Bergarbeiterkonferenz will sich mit der Frage der Gewerkschaften beschäftigen. Der Gewerkschaftsbeamte Gerwig, zur Zeit Staatssekretär, will anshenend die Konferenz leiten lassen oder die Teilnehmer gefangensetzen; er warnt vor dem Scheitern der Konferenz.

Wir leben in einer demokratischen Republik mit Presse- und Versammlungsfreiheit — nur für die Kapitalisten.

### Verweigerung von Munitionsherstellung.

Düsseldorf, 3. Mai. (Eig. Bericht) In verdächtiger Weise wird auf die Herstellung von Munition gedrängt. Weil die Arbeiter darin die Vorbereitung zu einem Kriege gegen Rußland erblicken, sie überhaupt die Herstellung von Munition als neue Gefährdung des Friedens betrachten, weigern sie sich vielfach, die Arbeiten auszuführen. Die Arbeiter aller Länder sollen aufgefordert werden, dem Beispiel zu folgen.

### Anordnung des englischen Befehlshabers

M-Glabbech, 3. Mai. Weil auf einem Posten geschossen worden war, ohne daß der Täter entdeckt wurde, hat der englische Befehlshaber angeordnet, daß die Wirtshäuser künftig um 8 Uhr abends zu schließen haben, daß die Straßen von 8 Uhr bis 4 Uhr früh nicht betreten werden dürfen und daß sämtliche Theater, Kinos, öffentliche Konzerte geschlossen sind. Außerdem wurde der Stadt eine Geldbuße auferlegt.

### Soldatenrat verhaftet.

Köln, 3. Mai. Die Mitglieder des Soldatenrats des Inf.-Reg. Nr. 52 in Rottbus, Treber, Rübiger, Madensen, Wendt und Lubach wurden auf Veranlassung der 5. Infanteriedivision wegen Gehorsamsverweigerung, Widerstandlichkeit mit vereinten Kräften und Anstiftung zum Aufstand verhaftet und nach Frankfurt a. O. gebracht.

### 428 Polizeibeamte verwundet.

Verailles, 3. Mai. (W. F. B.) Die Pariser Blätter teilen eine Bekannmachung der Polizeipräsidentur mit, wonach die am 1. Mai zur Aufrechterhaltung der Ordnung ausgebotene Truppe keine Patronen und die Polizei keine Revolver besaßen. Demnach seien alle Schußverwundungen nicht auf die Truppe oder die Polizei zurückzuführen. Verwundet sind, wie die Blätter ferner melden, 428 Polizeibeamte, davon 12 schwer. Die meisten verhafteten Manifestanten sollen Ausländer sein.

### 75 Personen tot, 500 verwundet.

New York, 3. Mai. (W. F. B.) Aus San Salvador wird berichtet, daß bei dem letzten Erdbeben am 28. April 75 Personen getötet und über 500 verletzt wurden. Die Stadt und die umliegenden Orte sind schwer beschädigt.

### Neuwahlen in Spanien.

Madrid, 3. Mai. (W. F. B.) Reuter. Maura setzte dem König die Lage auseinander und bat darauf um die Entlassung des gesamten Kabinetts. Der König beauftragte Maura sein Vertrauen und unterzeichnete die Verfügung des Parlaments. Die Neuwahlen sind für den ersten Sonntag im Juni festgesetzt.

### Daher in nicht vertrauen!

Washington, 3. Mai. (Reuter). Präsident Wilson telegraphierte seinem Sekretär in Washington, daß das Übereinkommen über Arbeiterrecht eines der wichtigsten Werte der Friedenskonferenz sei. Er werde als irgend etwas anderes dazu beitragen, die unglückliche Lage zu bessern, in der sich die Arbeiterklasse in vielen Gegenden befindet.

### Weißgardisten gehen zurück.

Helsingfors, 1. Mai. (W. F. B.) In Olowitz sind die weißen Freikorps vor überwältigender bolschewistischer Streitkräfte zurückgewichen.

### Ein schwedischer Konsul verhaftet?

Stockholm, 2. Mai. (W. F. B.) Lord Klor in London soll der schwedische Konsul in Riga vor den Bolschewiki verhaftet worden sein. Das schwedische Auswärtige Amt hat bereits eine Untersuchung eingeleitet, die jedoch dadurch erschwert ist, daß alle telegraphischen Verbindungen mit Riga abgebrochen sind.

### Neues Kriegsgesetz.

Berlin, 2. Mai. (W. F. B.) Französische Truppen haben die Brücke zwischen Fiume und Sufal besetzt, weil die Italiener die Abkühlung hatten, nach Sufal vorzudringen, welches von feindlichen Bataillonen gehalten wird. Der französische Kommandant hat die Italiener verständigt, daß er jeden Übergangsweg zum Waffenkampf verhindern werde. Konning erfuhr die erste Zusammenstoß zwischen französischen und italienischen Truppen, die nach Sufal vorzudringen wollten. Es kam zu einem Feuergefecht. Die Italiener machten sich zurückziehen und ließen drei Bermunder zurück. Englisches Militär hat Sufal besetzt.

### Die apokalyptischen Reiter.

In München Einzug der Ordnungstruppen, in Budapest die Räteregierung zusammengebracht vor der Offensive der Bolscharen und der Bourgeoisie Rumaniens und Südblawiens und des tschecho-slowakischen Kleinbürgertums, in Rußland starke militärische Erfolge der Truppen des Admirals Swischak und allenthalten der Jubel, die Nachschreie und die Pogromhebe der Bourgeoisie ganz Europas. Wie ein schwarzer Alp legte es sich auf die Brust der herrschenden Klassen, als die revolutionäre Sturmflut nach Ungarn überhäufig und als sie einen ersten Ausläufer in den Ostland Deutschlands entdeckte. Neue Dämme schießen zu wachen, die vor der proletarischen Flut ausgerichtet waren, der „asiatische Sozialismus“ verarbeitete sich mit einem Schläge in einen ost- und mitteleuropäischen. In Wien und in Weimar, in Paris, London und Rom herrschte Verwirrung und bebende Angst. Wie weit und wie rasch würde die kommunistische Brandung fortgeschritten? Wer wollte das sagen? Was stand noch fest?

Jetzt atmet die Bourgeoisie erleichtert auf. Die kommunistische Welle ist für einen Augenblick im Zurückweichen, neue Dämme sind ausgerichtet. Bayern hat jetzt seine weißen Garden wie Brechen, seinen Belagerungsstand und sein „Standrecht“. Wien hat den haben Belagerungsstand, Rumänien, Südblawien, Tschechoslowaken schießen als gegenrevolutionäre Hilfswerke etabliert, die polnischen Truppen des Generals Haller sind aufmarschiert.

Sollte das der Anfang vom Ende der proletarischen Weltrevolution sein? Die Bourgeoisie fragt es sich hoffend und zweifelnd zugleich, das Proletariat aber zweifelt nicht, daß die Niederlagen Etappen seines Sieges sind.

Was ist geschehen? Die Gegenrevolution hat neue Reserven ins Feuer geführt. Die Bauernschaft, die Bürgeröhne und das Lumpenproletariat Bayerns, Kleinbauern, Kleinbürger und Landflaven Rumaniens, Südblawiens und Tschechoslowakiens. Diese Reserven haben noch einmal den Gang der Revolution hemmen können. Diese Reserven sind noch nicht erschöpft, und sie werden dem Proletariat auf seinem Weg zum Sieg noch schwere Opfer auferlegen.

Aber um noch einmal siegen zu können, müßten die herrschenden Klassen Europas und Amerikas mehr können, als Gewalt aufzubieten. Sie müßten das wachsende Chaos der Wirtschaft bändigen können, sie müßten aus dem Trümmerfeld, das der Krieg hinterlassen, einen Ausweg wissen. Sie müßten den Millionen Brot, Arbeit und Frieden geben können. Die Siege, die sie erlitten, sind Vorstufen weiterer, zerschmetternder Niederlagen, wenn sie nur das Chaos festhalten.

Blut und Eisen vermögen einer neuen geschichtlichen Ordnung den Weg zu bahnen, sie vermögen nicht eine zusammenbrechende alte Ordnung zu erhalten.

Das Chaos aber, die Katholizität und der Bankrott der herrschenden Klassen aller Länder weigen ja. Sie steigen in den Reihen der Faschisten ebenso wie in denen der besiegten imperialistischen Mächte.

Der deutsche Imperialismus schickt seine Friedensdelegierten nach Versailles, ohnmächtig, den politischen und ökonomischen Kontrast abzumehren, wußte ihn zu ertragen, außerstande, aus ihm herauszuführen. Italien im Rücken, die Entente in der Front, verfehmt vom revolutionären Rußland, versucht vom Proletariat des eigenen Landes, verachtet von der Bourgeoisie, verlassen von der Intelligenz, das tödliche Bewußtsein der Ohnmacht im Herzen, geküßt nur von den barbarisierten Soldatenverbänden, die der Krieg erzeugt und der Hunger ihnen zugeführt. Die Wirtschaft ohne Rohstoffe, die Konfiskation ohne Kredit, die Valuta fast wertlos, die Staatsfinanzen handrott, ohne Gedanken, als den von einem Tag zum anderen das Leben zu fristen, ohne Plan, ohne Ehre und ohne Scham. Der neue Finanzminister, um die Kriegsentwicklungsansprüche der Entente abzumehren, muß anerkennen, daß die „Schöpfung“ seines Vorgängers über den Bedarf des Reiches, der Staaten und der Gemeinden ein Spiegelbild war — mit dem sinkenden Ruin der Staatsfinanzen enthält er zugleich seine Ohnmacht, seiner Herr zu werden.



Die imperialistischen Sieger von heute aber sind nicht nur unfähig aus psychologischen Gründen, den Besiegten das Leben zu fristen, indem sie ihm Brot und Rohstoffe liefern, sie sind materiell dazu außerstande. Die englische Regierung sieht sich genötigt zuzugestehen, daß das, was in Indien sich abspielt, kein „Aufstand“ mehr ist, sondern die beginnende Revolution. Und sie kann nicht mehr verheizen, daß es der bare Hunger ist, der die Baumwollarbeiter und Arbeiterinnen der indischen Großstädte und die Bauern des flachen Landes rebellisch macht, der Hunger, den die Kriegskriegsflieger, an die britischen Armeen verschuldet haben. Und Hunger und Revolution in Mesopotamien, die Gärung unter den farbigen Minenarbeitern Südafrikas.

Noch mehr. Belgien und Serbien, Rumänien und Tschechoslowakei können nicht einmal von der Entente ausreichend mit Lebensmitteln und Rohstoffen versorgt werden.

In England selbst aber legt der Schatzkanzler dem Parlament ein Budget vor von über 28 Milliarden Mark (das Pfund nominell ist gleich 20 Mark gesetzt) und mit einem Defizit von über 5 Milliarden Mark, für das 4676 Millionen Mark neue Schulden gemacht werden. Dasselbe Bild in Frankreich und Italien.

Und der Friede? Was ist von dem Betrug des Völkerbundes noch übrig? Italien fern dem Kongreß, Japan mit knapper Not beschwichtigt, Amerika und Japan im Pazifik eine neue militärische Auseinandersetzung vorbereitend, Amerika mit England im Flottenbau wetteifernd: der erste Friede ist noch nicht geschlossen, und schon gruppieren sich die Sieger zu neuen imperialistischen Kombinationen, schon werden die Schwerter wieder geschliffen zu neuen imperialistischen Kriegen.

Die proletarische Revolution, gegen die Rumänen, Südslawen, Polen mobilisiert werden, sie wühlt immer stärker in den Eingeweiden der Siegerstaaten selbst. Der 1. Mai ließ die Arbeiter von Paris millionenfach aufmarschieren und die Polizei blutige Attacken gegen sie reiten. Er sieht in Irland, dieser blutenden Wunde an der Seite Englands, Arbeiterräte und Militäraufgebote, in England selbst streikende Bergleute von Wales, trotz Schiedsgerichten und öffentlichen Mahnungen zwischen Bergleuten und Unternehmern, er sieht in Italien das Proletariat großend über den weißen Säulen.

Aus diesen Tatsachen schöpft das Proletariat seine nimmerwankende Siegeszuversicht, trotz München, trotz Budapest. Es fühlt die Schläge, die die Bourgeoisie in ihrer Kaiserrei seinen Bortruppen versetzt, tief im Herzen. Aber es weiß, daß es Sieger sein wird über das Chaos, trotz aller Rückschläge.

Das Proletariat der Mitte und des Westens Europas hat vor sich eine unendlich schwierigere und langwierigere Aufgabe, als das Rußlands. Es hat nicht eine junge, kaum erst angewurzelte, sondern eine alte herrschgemohnte, mächtig organisierte Bourgeoisie zu überwinden, die die Tradition, die Erfahrung von Jahrhunderten und eine gewaltige Organisation in die Wagschale wirft. Es hat ebensowenig vor sich frische, unbefangene Massen, denen der revolutionäre Gedanke nur zu begreifen braucht, um sie zu erfüllen: es muß einen Wust parlamentarisch-demokratischer Ueberlieferungen erst in den Köpfen enturzeln, ehe der Gedanke der proletarischen Diktatur Fuß fassen kann. Es tritt in den Kampf zersplittert, ohne Organisation, die es erst aus den Trümmern der sozialpatriotischen Organisationen, mitten im Kampfe aufbauen muß. Es hat schließlich in Monaten die revolutionären Erfahrungen sich anzueignen, die das russische Proletariat sich in ebensoviele Jahren erwarb.

Unter solchen Umständen kann das gewaltige Schauspiel der europäischen Revolution nicht gerätig fortzschreiten wie ein französisches klassisches Drama. Es ist voller Verwicklungen, zeitweilige Rückschläge, scheinbarer Wiederholungen derselben Erfahrungen, und es ist blutiger und opferreicher als alles, was die Geschichte bisher gesehen hat.

Aber als Ganzes schreitet die Revolution unüberwindbar weiter, und je weiter sie schreitet, um so mehr wird sie erst ein Ganzes. Die Einzelkämpfe der Bourgeoisie summieren sich zur endgültigen Niederlage, aus den Einzelkämpfen des Proletariats dagegen erwächst die Voraussetzung, die den endlichen Sieg verbürgt: die geistige und die organisatorische der Einheit und schließlich die Einheitlichkeit der Kampfführung über alle provinziellen und Ländergrenzen weg.

Vor sich den Gedanken, der das Chaos überwindet, hinter ihr her jagend die apokalyptischen Reiter, der Hunger, der Banrott, der imperialistische Würger Krieg: so muß, so wird die Revolution die Schwäche der Zersplitterung überwinden.

## Politische Uebersicht.

### Aus Württemberg

wird uns geschrieben:  
In der Nacht vom 16. zum 17. April wurde in Stuttgart bekannt, daß württembergische Truppen sich an der Erdrosselung der bayerischen Räterepublik beteiligen würden. Die Nachricht, die durch die Morgenblätter bestätigt wurde, zeitigte unter der Arbeiterschaft eine lebhafteste Erregung. In einigen Betrieben übte die Arbeiterschaft passive Resistenz, in anderen brachte sie ihre Solidarität mit den Münchener Klassengenossen durch Teilstreiks zum Ausdruck.

Die spontane Zeugung der Klassenolidarität brachte die Bismarckregierung um den letzten Rest von Verstand. In ihrer schlotternden Angst verurteilten diese originellen Tölpel und Hüter der Demokratie die unglücklichsten Gewaltakte, Gewaltakte, wie sie nur aus der Verzweif-

lung geboren werden. Die Druderei des „Sozialdemokrat“ wurde geschlossen. Der „Sozialdemokrat“ verboten. Tags darauf wurde auch unsere Druderei besetzt und die Maschinen durch Entnahme wichtiger Teile unbrauchbar gemacht. Dieselben Leute, die in der Druderei des deutschen Metallarbeiterverbandes die töstlichen Lügen druckten, die verbärmlichstesten Machwerke zu Hunderttausenden in Stadt und Land verbreiten lassen, dieselben Leute berauben die Arbeiterschaft ihrer Preise, verhaften Flugblattverteiler und erhalten aus allgemeinen Mitteln ein Heer von Spitzeln, nehmen auf Grund dieser Spitzelberichte Verhaftungen und Hausdurchsuchungen vor, wobei mit unerhörter Willkür und Mißachtung aller Rechtsnormen verfahren wird. Das Versammlungsrecht ist faktisch aufgehoben, selbst Vertrauensleute-Sitzungen können nur im geheimen abgehalten werden.

Am Dienstag nach Ostern versammelten sich die Betriebsvertrauensleute aus Stuttgart und einigen anderen Orten im Volksgarten in Ostheim, einem Vorort von Stuttgart. Die Verhandlungen hatten etwa eine Viertelstunde gedauert, als ein Offizier mit zwei Begleitern im Lokal erschien und erklärte, jeder Widerstand sei zwecklos, sie seien beauftragt, einige Personen zu verhaften. Er verlas acht Namen und drohte alle Anwesenden zu untersuchen, falls sich niemand meldet, was dann auch geschah.

Zu diesem ebenso hinterhältigen, wie ungeleglichen Ueberfall waren Hunderte von Soldaten aufgeboten, das ganze Lokal umstellt, im Garten stand eine Kompanie in Reserve, eine andere lag abseits im Hinterhalt.

Gefunden wurde von den Gesuchten niemand. Ein Arbeiter äußerte: „Das ist ja Wahnsinn!“ Wahnsinn, jamehl, aber die Sache hat Methode. Die Stürmer, die gegenwärtig die württembergischen Ministerjessel besetzen, äßen nach, was ihr Gefinnungsgenosse Roske anderweitig tut.

Genik muß, um objektiv zu sein, gesagt werden, daß die Bloß und Schändung zu einer bezweifelten Vertrauensstellung der Lage allen Grund haben. Ihre Sache steht faul, sehr faul. Nicht nur die Arbeiter, auch die Bauern und Teile des Bürgerlums haben kein Verständnis dafür, daß württembergische Soldaten in Bayern die „Ordnung“ wiederherstellen sollen. Und was das Entscheidende ist, nur allem unter den Soldaten, kommt der Abscheu gegen die ihnen zugedachte Sentenrolle offen zum Ausdruck. In Ludwigsburg haben sich drei Kompanien geweigert, den Befehl nach Bayern zu marschieren, zu befolgen. Sie sind aufgelöst worden. In Ulm wurde Herr Schnepfenhorst zu Tränen gerührt, als ihm mitgeteilt wurde, daß sich die Sicherheitskompanien weigern, nach Bayern zu gehen. Weigerungen kamen noch vor bei den Gmünder und Friedrichshafener Sicherheitsgruppen, auch die Saas-Truppen sind nur widerstrebend nach Bayern gegangen.

### Die Sprünge der „Spezialwerte“ und der Krieg gegen Rußland.

Man schreibt uns:  
Die Börse beginnt nervös zu werden. Die Börse hat den Weltkrieg ein halbes Jahr vorausgesehen. Seit hat sich der Börse ein Freudentumel bemächtigt. „Spezialwerte“, das sind nach dem augenblicklich geltenden Börsenjargon Rüstungswerte, die schmelzenden Fabriken, die Pulverfabriken, Fabriken, die direkten Rüstungsmaterial herstellen, Metallwerke, die Automotoren, alle solche Aktienunternehmungen sind in den letzten Tagen sprunghaft gestiegen worden. Am Schluß der vergangenen Woche erzielten solche Werte Kurssteigerungen von 20-30 Prozent.

Was bedeutet das?  
Auf der einen Seite klagen die Unternehmer, sie werden zu Tode gestreift, unterfützt von den amtlichen Telegraphenbüros. Immer drohender werden für jede einzelne Unternehmung die Forderungen der Arbeiterschaft nach Mitbestimmung, Kontrolle und schließlich Übernahme des gesamten Betriebs. Immer drohender wird für die Aktionäre die Forderung nach Beschlagnahme des Aktienkapitals, nach Annulierung der Kriegsschulden, nach Beschlagnahme des Privatkapitals. Und trotzdem hat eine Haufe eingezogen ein Börsenrausch, der an die höchsten Tage der Kriegsjahre erinnert. An allen Ecken droht der Generalstreik. Ringsum wird Berlin bald von Räterepublik eingeekreist sein und trotzdem finden sich Leute, die Horde der Börsenspekulanten, die ihr ganzes Vermögen in diesen Spezialwerten jetzt anlegen.

Was bedeutet das?  
Es bedeutet, daß der Krieg gegen Rußland beschlossen ist und die Börse die entsprechende Witterung vorausgenommen hat. Es bedeutet, daß Abmachungen getroffen worden sein müssen, wonach die Fabriken, deren Aufrechterhaltung für einen Krieg gegen Rußland notwendig erscheint, nicht nur aus jedem Sozialistensprogramm ausgeschlossen werden, sondern eine besondere Unterstützung, was Preise und Lieferungen anbelangt, zugesagt erhalten.

Man weiß, daß gewisse Ententezweige, vor allem die französische Bourgeoisie, sich mit dem Plan trägt, über Deutschland und die Nachbarstaaten gegen Rußland den Krieg zu führen. In den letzten Tagen ist der Generalkommandant des finnischen Generals Mannerheim in Berlin eingetroffen. Er kauft Munition und Flugzeuge. Finnland, das momentan unter englischem Einfluß steht, kann nicht selbständig handeln, es wird zweifellos die englische Mission in Helsingfors davon haben in Kenntnis setzen müssen. Die Engländer haben großmütig erlaubt, dieses Material von Deutschland zu beziehen, 1. weil es in Deutschland billiger ist, 2. weil die Engländer es mit Deutschland verrechnen werden und 3. weil Deutschland sich bereit erklärt haben wird, die nötigen Leute zur Bemannung und Bedienung usw. zur Verfügung zu stellen.

Das deutsche Volk ist gewarnt. Eine Regierung, die solche Verpflichtungen eingeht, die hinter dem Rücken des Volkes sich von dem Entente-Imperialismus benutzen läßt, entgegen der ausdrücklichen Erklärung, mit Rußland in Freundschaft leben zu wollen, den Krieg vorbereiten und Berlin als Hauptquartier dazu benutzen zu lassen, eine solche Regierung ist schlimmer als die des alten Regimes. Sie übertreibt Wilhelm II. und seine Generale an Schamlosigkeit noch um ein Bedeutendes. Die deutsche Arbeiterschaft sollte nicht zögern, die notwendige Antwort darauf zu geben. Die Betriebsräte der von der Börse bevorzugten Unternehmungen müssen eine Erklärung von ihrer Direktion verlangen und die Aufgabe unverzüglich kontrollieren, so lange sie den Betrieb noch nicht selbst übernommen haben. Es genügt nicht, daß die Regierung, um dem Volke Sand in die Augen zu streuen, etwa die staatlichen Betriebe stilllegen läßt. Die private deutsche Industrie die von der Regierung jetzt bevorzugt wird, ist mächtig genug, die gegen Rußland operierenden Truppen mit Munition zu versorgen. Nur äußerlich und einschüchternes Dandeln vermag der Anschlag gegen Rußland, der ein Verrat an deutschen Proletariat ist, zu verhindern.

### Wer regiert?

In Preußen-Deutschland regiert nach wie vor die alte Bureaucratie. „Sozialisten“ sitzen als Marionetten oder Bluthunde der Kapitalisten in der sogenannten Regierung, ein Haufe sozialimperialistischer Stellenjäger ergattert Posten und Pöstchen, aber die wirkliche Regierung behält die zopfige Bureaucratie. Und sollte eines Tages der ausgerissene Wilhelm wiederkommen, oder eine offene Militärdiktatur die Herrschaft übernehmen, an der bürokratischen Maschine braucht nichts geändert werden. Das schildert im „Tag“ (Nr. 32, vom 1. Mai) Willi Steinkopf, M. d. L., also:

„Die Beamten sind gründlich enttäuscht worden. Die einen sehr angenehm. Dies sind die alten Geheimräte usw., denen es besser jetzt geht als je zuvor. Sie, die vor den Folgen der Revolution mit Recht zitterten, fühlen sich jetzt in der Gnadenzone der republikanischen Regierung ebenso wohl wie ehemals unter den Schwingen des Kaiseradlers. Man hat ihnen ja bestätigen zu müssen geglaubt, daß es ohne sie nicht geht...“

Die andern wurden weniger angenehm enttäuscht. Sie bilden das große Heer der höheren, mittleren und unteren Beamten, die mit Jubel die strahlende Morgenröte einer besseren Zukunft begrüßt hatten und nun ihre Hoffnungen wieder schwinden sehen. Doch sie sehen, man braucht sie nicht und auch nicht ihre Begeisterung für das neue kommende Deutschland und ihre Ideen. Die alten Geheimräte, die sie nur als den vernünftigen Bureaucratismus in Person kennen, genügen nach wie vor.

Glaubt man genug getan zu haben, indem man einige Stellen, die Unterschriften hergeben, neu besetzt hat? —

Der parlamentarische Minister hat als Neuling von dem Behördenbetrieb naturgemäß wenig Ahnung, außerdem ist er durch parlamentarische Arbeiten stark in Anspruch genommen und kann sich um sein Ministerium nicht so kümmern, wie er es selbst gern möchte. Sein Vertreter aber, und zugleich erster Berater, ist einer jener Geheimräte, ein Mann der alten reaktionären Schule. Er sitzt schon seit Menschengedenken in dem Ministerium, ist weltrend und hat in glorreichen Zeiten sein redliches Teil dazu beigetragen, den Karren ordentlich zu verfahren. Vermöge seiner Anpassungsfähigkeit hat er schon viele Herren überdauert, und sicher hofft er, daß er auch den jetzigen überleben wird, um so mehr, als er sich jetzt fast einer unbeschränkten Selbständigkeit erfreut. Und dieser Mann soll helfen, das neue Reich zu bauen, in dem freier heiliger Geist erstes Gebot ist?

In den Provinzialbehörden ist es noch schlimmer. Dort wüten die alten Machthaber wie ehedem. Der alte Obrigkeitskonstitution herrscht wieder im vollsten Glanze. Die anfangs vielversprechenden Beamtenauschüsse sind vielerorts zur Farce geworden. Man läßt sie bestenfalls reden und tut — was man beliebt...“

So sieht es in den Behörden des neuen Deutschlands aus, und wer es nicht glauben will, der mag sich durch Augenblicke überzeugen. Er wird mehr zu sehen bekommen, als ihm lieb ist —

So wie geschilbert, so wollen's die Ebert-Scheide-mann. Es genügt ihnen, das die Leute an der Lete ihre Posten haben, das Volk soll weiter gemehelt werden.

### faule Zeugen.

Der Roske wird immer ungenierter. Wir berichteten von dem neuerlichen Verbot der „Republik“. Herr Roske markiert dabei den korrekten Mann, der seine Gründe hat und angibt. Der „Republik“ ließ er ein Schreiben dieses Inhalts zugehen:

Sie veröffentlichen in Ihrer Nummer vom 1. Mai aus der „Freiheit“ folgende Notiz:  
„Von durchaus zuverlässiger Seite wird uns mitgeteilt, daß ein Teil der Regierungstruppen am 1. Mai in Zivil gehen und sich unter die Verarmten mischen werde. Den geliebten Revolver werden die Betroffenen bei sich haben.“  
Außerdem ist geplant, die Truppen in Alarmbereitschaft zu halten. Außerhalb Berlins verwendete Truppen werden zurückgerufen.“

Schon am Mittwoch, den 30. 4., abends, haben die Berliner Blätter eine Notiz gebracht, daß die Behauptungen der „Freiheit“ absolut unwahr seien. Danach erscheint mir die Weiterverbreitung der Notiz durch Ihr Blatt am Donnerstag, den 1. 5. als so gewissenslos und gemeingefährlich, daß ich erneut das Verbot des Erscheinens der „Republik“ hiermit verlaue.

Das geht doch wirklich über die Hutshur. Wenn bürgerliche Blätter etwas dem Roske Unangenehmes oder in seinen Kram Passendes behaupten, dann sind die anderen Zeitungen bei Gefahr, sonst verhalten zu werden, verpflichtet, die Behauptung als Wahrheit zu respektieren. Roske übernimmt damit die Generalverantwortung für alle Lügen und Schwindelereien, die Berliner Blätter in die Welt setzen. Bei seinem Sündenkonto macht das ja auch nichts viel mehr aus.

### Die Pfefferjücke fordern.

In einer langen Entschlieung der Hamburger Handelskammer an das Auswärtige Amt heißt es:

„Die an der Börse versammelte hamburgische Kaufmannschaft fordert entschieden, daß bei den jetzt beginnenden Friedensverhandlungen streng an der Grundlage festgehalten wird, wie sie durch die Annahme der Wilsonschen 14 Punkte sowie der Grundzüge in seinen späteren Ausprägungen geschaffen ist. Nur auf diese Weise kann es zu einem Frieden der Gerechtigkeit kommen, der entgegen einem Gewaltfrieden, Gewähr für eine Dauer des Friedenszustandes und für die Pflege der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten bietet, nach deren Ausbau die ganze durch den Krieg zerrissene Welt sich sehnt...“

Solange es den Ansehen hatte, als ob Deutschland den Frieden diktieren könne und die deutschen Minister den Russen höhnisch die Stiefel in den Rücken setzten, da waren die Hamburger Pfefferjücke von Amerikanern und von einem Gewaltfrieden begeistert. Ihre jetzige Forderung wirkt daher etwas stark — lächerlich. Zu fordern haben lediglich die verratenen Völker und die fordern: hinweg mit der ganzen kapitalistischen Herrschaft!



# Die deutsche amtliche Verlogenheit.

Kürzlich ist die provisorische lettische Regierung durch deutsches Militär gestürzt worden. Angeblich hatte die von baltischen Bauern gegründete Volkswehr den Schwachwollst. In Wirklichkeit war der dazu viel zu schwach, sie diente nur als Firma unter der die deutschen Militärs die Geschäfte der baltischen Barone besorgten.

England erhob gegen das Treiben der deutschen Soldateska Einspruch. Und was geschah nun? Man leugnete, schwindele, log nach amtlich deutscher Art. Bei dem Sturz der lettischen Regierung hätte Deutschland keine Hand im Spiele gehabt. Herr Müller aus dem sozialdemokratischen Parteivorstande hatte zudem den Auftrag, die internationale Sozialistenkonferenz mit dem gleichen deutschen Ablehnungswort zu beglücken. Da Herr Müller zu spät in Amsterdam ankam, hat er in einer Erklärung an die Presse die Erklärung losgelassen, daß die deutsche Politik, entgegen den Behauptungen der Presse, an dem Angriffen auf Lettland nicht teilgenommen, sondern im Gegenteil dieses Vorgehen aufs schärfste verurteilt hat. Sie habe dem Vorschlag zugestimmt, nach Deutschland eine Kommission zur Prüfung der Frage zu schicken. Sie werde unverzüglich eine Erklärung über die von der Konferenz angenommene Entschließung veröffentlichen.

Herr Müller spricht von der deutschen Politik. Er wird diplomatisch — wie ein Elefant. Das deutsche Militär der Regierung, Ebert-Scheidemann hat den Niederfall in Lettland, die Bergbewegung einer Revolution geplant, vorbereitet und durchgeführt. Etwa gegen den Willen der deutschen Regierung und des Staatskommissars Winnig? Wenn ja, warum sagt man das nicht klipp und klar? Man kann es nicht sagen, denn der Schwundel wird in dem enthielt. Es kommt dem Bankrotspolitikern nur darauf an, jetzt die Diktatur zu führen, Zeit zu gewinnen, um die Spuren ihres unheilvollen Wirkens möglichst noch zu verwischen. Aber die Schwundelorgane sind schon entlarvt, entlarvt durch das Zentralorgan der politischen Hochstapeler unter der Regierung Ebert-Scheidemann-Roste. Der „Vorwärts“ beschäftigt sich in seiner Nummer 218 (v. 30. April) mit den in Frage stehenden Vorgängen in einem Aufsatz: „Was geht in Libau vor? Ein Offizier schreibt: Was ist da folgendes: Der Soldatenrat in Libau bemühte sich mit Erfolg, ein erträgliches Nebeneinanderleben mit der lettischen Bevölkerung herbeizuführen und aufrechtzuerhalten. Die früheren Gouverneure, Freiherr von Leebow, und Neugebauer, hätten die erprobte Tätigkeit des Soldatenrats auch anerkannt. Wäre dem Amtsantritt des Gouverneurs Grafen von der Goltz sei eine Wendung eingetreten. Diesem stand der Soldatenrat augenscheinlich im Wege. Er wurde beauftragt, unter dem Vorwand, der Soldatenrat habe sich Eingriffe in die Kommandogewalt erlaubt. Um Stimmung unter den Leuten zu machen, habe von der Goltz das Gerücht verbreiten lassen, der Soldatenrat hätte Schießübungen und Unterdrückung begünstigt und selbst befohlen. Um den Eindruck noch zu verstärken, daß die regelmäßigkeiten vorgekommen, wären auch zwei Mitglieder des Soldatenrats verhaftet worden. — Die Praxis ist hinlänglich bekannt. Diese Bande schreien vor keiner Gemeinheit, vor keinem Verbrechen.“

Nach gründlicher wurde das Verbrechen des Regierungstribunals vorbereitet. Man zog noch Truppen aus der Front nach Libau. Dann kam die letzte Vorbereitung. Der Offizier im „Vorwärts“ schreibt:

„Das Gouvernement führte nun eine Entscheidung der Reichsregierung herbei, daß der Soldatenrat in Libau aufgehoben sei und eine Neuwahl nicht stattfinden habe. Der Antrag dazu wurde gestiftet durch die Angabe, die Truppen hätten sich selbst gegen eine Neuwahl des Soldatenrates erklärt.“

Wie kam die Erklärung der Truppen zustande? Der Offizier berichtet:

„Diese Erklärung ist nach Aufhebung des Soldatenrats von den Mannschaften gefordert worden, indem gleichzeitig darauf hingewiesen wurde, daß alle diejenigen, die sich für einen Soldatenrat erklären würden, sofort in die Heimat entlassen werden würden. Von einer freien Willensbestimmung ist also hier keine Rede, sondern jedem, der einen Soldatenrat wollte, drohte einfach Entlassung, trotzdem gütliche Verträge mit ihm abgeschlossen waren. Da die Abstimmung mit offener Lüge erfolgte, blieb also den Leuten weiter nichts übrig, als den Willen des Gouvernements auszuführen, wenn sie nicht beschäftigunglos auf der Straße liegen wollten. Diese Abstimmung entsprach nicht im entferntesten der Stimmung der Truppen. Es war aber niemand da, der ihre Interessen vertrat, da mit dem Soldatenrat auch die Vertrauensleute entfernt worden waren.“

Diesem Treiben des Gouverneurs sah die Regierung ihre Zustimmung, sie beauftragte die Ablehnung des Soldatenrats und die Verhinderung einer Neuwahl, sie spielte Hechlerei bei dem vorbereiteten Putsch. Nun hatten die Verschwörer gegen die lettische Regierung freie Hand. Der Gewährungsmann des „Vorwärts“ bemerkt weiter:

Der Sturz der lettischen Regierung durch die Abhängigkeit der Letten in Libau, das immer noch Leute am Ruder sind, die mit aller Macht versuchen, die alten Zustände wieder herzustellen, die aber in ihrer stumpfsinnigen Weise nicht die geringste Rücksicht darauf nehmen, ob die deutsche Republik Schaden dabei nimmt oder nicht. Durch den

Umsturz in Libau kommt mit deutscher Hilfe eine Wiedergeburt wieder zur Herrschaft, während die Wehrheit nach wie vor in Abhängigkeit gehalten wird.“

Das Verbrechen der deutschen Militärkräfte ist enthüllt, die Wilschuld der Regierung kann nicht bezweifelt werden, ihre Verlogenheit steht am Pranger.

## Rum Streitfall: Wien-Budapest.

In der Angelegenheit, des in der vorigen Nummer der „Noten Fabrik“ angeführten Notenwechsels zwischen der Regierung Ungarns und der deutsch-österreichischen Regierung, übergibt die Regierung unter dem 1. Mai der Öffentlichkeit noch die folgende Erklärung:

Die deutsch-österreichische Regierung ließ die letzte Note der ungarischen Regierung unbeantwortet. Statt dessen veröffentlichte sie ein kurzes Kommuniqué, worin sie kampflos die Anforderungen macht, die ganze Diskussion auf ein kaltes Geleise zu setzen. Wir haben klar und deutlich erklärt, daß wir den Vorschlag, vor ein Schiedsgericht zu gehen, annehmen. Diese ungeschickliche Erklärung verkehrt nun die deutsch-österreichische Regierung in ihr Gegenteil. Sie behauptet ausdrücklich, daß wir das Schiedsgericht abgelehnt hätten. Das ist eine grobe Unwahrheit. Allerdings verkehrt die deutsch-österreichische Regierung diese Verdröpfung der Tatsache durch die Unterstellung plausibler zu machen, daß wir die dritte Internationale nur deshalb vorgeschlagen hätten, weil sich ihr Sitz in Moskau befände, also an einem Orte, mit dem jeder Verkehr unmöglich sei. Der soziale Chauvinist Bauer scheint, seitdem er in einem Staatsbureau arbeitet, die Internationale als ein Bureau zu betrachten, worin ein paar Bürokraten sitzen und die Aktenmappen in Ordnung halten. Die dritte Internationale befindet sich nicht nur in Moskau, sondern sie ist eine lebendige Weltbewegung, die überall vorhanden ist, in Rußland ebenso wie in Ungarn, in Deutschland ebenso wie in der Schweiz, in Italien und Frankreich. Will also Herr Bauer vor einem Schiedsgericht der dritten Internationale erscheinen, dann braucht er gar nicht nach Moskau zu gehen. Die Ausflucht ist nur ein durchsichtiger Versuch einer sozialdemokratischen Zurschaufelung, um sich dem Schiedsgericht eines wirklich unabhängigen, internationalen, proletarischen Forums zu entziehen. Das Kommuniqué versucht die Förderung, die die deutsch-österreichische Regierung der ungarischen counter-revolutionären Bewegung zuteil werden läßt, durch den Hinweis auf die sogenannte „sozialdemokratische“ Politik zu erklären, die gar nicht zu bestreiten, daß sie diese sogenannte Politik selbst mit Füßen tritt, indem sie die ihr anhängende Diktatur unierdrückt. Nach dieser jämmerlichen Ausflucht können wir auf die öffentliche Diskussion des Streites verzichten, wenn nicht die deutsch-österreichische Regierung tagtäglich neues Material liefern würde, aus dem klar ersichtlich ist, daß sie den ungarischen counter-revolutionären die Freiheit auf Schritt und Tritt erleichtert. Die Tinte der letzten Note war noch nicht trocken, in der Herr Bauer zu beweisen suchte, daß er die ungarische Gegenrevolution nicht fördere, als uns mitgeteilt wurde, daß die Wiener sozialdemokratische Regierung den Chef der ungarischen counter-revolutionären Bewegung, Herrn Szecsenyi, in Österreich nicht nur Gastfreundschaft gewährte, sondern ihm sogar das deutsch-österreichische Staatsbürgerrecht verliehen hat und daher nicht nur sein gegenrevolutionäres Treiben, sondern auch seine durch Ausraubung von ungarischen Bauern stammenden Wertpapiere unter den besonderen Schutz der deutsch-österreichischen Gesandtschaft gestellt hat. Angehörig dieser Tatsache ist es ein starkes Stück, zu behaupten, daß man die counter-revolutionäre Bewegung nicht begünstigt. Diese Handlungsweise gebührend zu kennzeichnen, dazu fehlt uns der diplomatische Ausdruck.

## Gewerkschaftliches.

Fu die Bergarbeiter von Rheinland und Westfalen.

Wir werden um Veröffentlichung folgender Aufrufe gebeten:

Die Regierung Ebert-Scheidemann-Roste hat es verstanden, mit Hilfe der Führer von den alten Bergarbeiterverbänden, sowie mit den Waffen der Kosteardisten, den in so gewandelter Reihe ansehnlichen Streik abzuwürgen. Durch die unzähligen Prostrationen wurde die Bergarbeiterschaft immer mehr ermüdet, denken wir an die Bergarbeiterverbände von den gewählten Führern und Vertrauensmännern, insgesamt ca. 3500, die Straßenlärm mit ihren Toten und Verwundeten, wo Arbeiter gegen Arbeiter die Mordwaffe richteten, die Delegiertenkonferenzen von Beiläufigen bei Werden, wo man sich nicht scheute, Delegierte zu erschlagen.

Trotzdem Herr Pflüchler durch allerhand Erklärungen die Öffentlichkeit zu täuschen versuchte, wird er sich und seinen Kumpanen Ziel von der Blutschuld nicht mehr rein waschen können. Auf diese Weise mußte der Bergarbeiterstreik führerlos, in großer Unordnung abgebrochen werden. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die nicht erfüllten Forderungen werden die Bergarbeiter im gegebenen Moment wieder auf neue erheben, sofern sich nicht alle beteiligten Kreise bemühen, sie auf dem schnellsten Wege zu bewilligen.

Die eben erwähnten Vorgänge sind die Veranlassung dazu gewesen, weshalb die Bergarbeiter in ihrer Verzweiflung, auch in einzelnen Orten, zum letzten Mittel der Anwendung von Gewalt griffen.

Wilschuld bis an dem Zusammenbruch des Streiks sind aber auch die in großer Zahl vorhandenen, von der Regierung ausgehenden Anschläge, gewesen, die der Regierung und den Kapitalisten unter Hinzuziehung der Verbandsführer Handlangerdienste leisteten. Denn der Konflikt zwischen Arbeiterorganisation und Bergarbeiter war mit diesen Spitzeln behaftet, und durch ihren erbärmlichen Betrug an der gerechten Bergarbeiterklage scheiterten die ganzen Forderungen. Denn nur durch diesen Betrug machte die gesamte Bergarbeiterschaft die Arbeit wieder aufnehmen, ohne ihre Kameraden aus der verfluchten Hölle befreien zu können.

Man darf also mit allen Mitteln den Bergarbeiter wieder ins kapitalistische Joch zurückzuführen, aber es wird für die gehaltenen Spitzeln, gewesen, die der Regierung und den Kapitalisten ins Mittel zu legen, denn der Volkswille läßt sich nicht aufhalten.

Aus all diesen Gründen ist es notwendig, daß sich die Bergarbeiter enger zusammenschließen in der Einheitsorganisation „Allgemeine Bergarbeiterunion“. Gründet deshalb die Schichtorganisationen, deren Organ die Wäse sind. Denn sobald sich die gesamten Bergarbeiter in dieser Organisation zusammenschließen, können einheitliche Aktionen unternommen

werden. Darum muß sich jeder Klassenbewußte Bergarbeiter dieser Schichtorganisation anschließen, um bei dem nächsten Kampf einzig und geschlossen zu sein. Ruht aber nicht eher, bis der letzte Kamerad aus dem Lager entlassen und die Bezahlung der Streikschäden durchgeführt ist. Denn wenn man in drei Monaten circa 8 Milliarden für die Regierungstruppen ausgeben kann, so ist es auch leicht möglich, daß man für die Bergarbeiter circa 0,12 Milliarden ausgeben kann, denn es ist in nur ein geringer Bruchteil von den obigen Ausgaben.

Der Zentral-Exekutivrat.

## Ein Werk der Arbeitsgemeinschaft.

Aus Essen wird unterm 2. Mai berichtet: Bei den am 29. v. M. stattgefundenen Sitzungen mit Behörden, Verbrauchern, Händlern und Arbeitnehmern (1) wurden die Grobblechpreise im Grundpreis um 115 Mark pro Tonne erhöht, so daß sich nunmehr der Grundpreis für Thomasblech, ohne jede Güte und Abnahmeverträge, auf 615 Mark pro Tonne bei bekannter Grundpreisliste stellt. Die Ueberpreise, wie sie auf Seite 6-23 der Ueberpreisliste der deutschen Grobblechwerke Ausgabe 1919 vorgegeben sind, wurden gleichzeitig um 100 erhöht. Die neuen Preise gelten mit Wirkung ab 1. Mai zunächst für die Dauer von 2 Monaten. Was die Preis für indirekte Ueberpreise anbelangt, so gelten ab 1. Mai auch für Grobblech die bereits durch die Sitzungen veröffentlichten Vereinbarungen.

Da haben wir die Arbeitsgemeinschaft, von den Gewerkschaften als ein Erfolg für die Arbeiterschaft gepriesen. Die Arbeitervertreter helfen den Unternehmen die Preise erhöhen. So arbeitet man den Sozialversicherungsbestrebungen der Arbeiterschaft direkt entgegen, stärkt die kapitalistische Diktatur.

## Alexander Schlicke.

Für die Hunderttausende organisierter Metallarbeiter dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, daß Herr Alexander Schlicke, Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes zur Zeit württembergischer Minister ist. Umso mehr, als die Regierung von Schlicke mit unbestreitbarem Erfolg bemüht ist, die Niederrichtigkeiten und Gemeinheiten der Ebert-Roste in den Schatten zu stellen. Ohne jede Uebertriebung muß gesagt werden, daß die in ihrer Mehrheit aus Sozialdemokraten zusammengesetzte württembergische Regierung an Stumpfsinn und Brutalität alle ähnlichen Körperschaften in Deutschland überbietet. Was sich diese Regierung in ihrer Flugblattpropaganda leistet, übersteigt alle Vorstellungen. Die Liga zur Bekämpfung des Bolschewismus muß vor Neid verblühen, wenn ihr die erbärmlichen Machwerke zu Gesicht kommen, die unter hervorragender Mitwirkung von Herrn Schlicke zustande kommen und die ausnahmslos in der Druderei des deutschen Metallarbeiter-Verbandes hergestellt werden.

## Die Arbeitslosen in Stettin.

Am 24. April fand im „Neuen Kasino“ in Stettin die vom Reichserwerbslosenkongress vorgesehene Arbeitslosen-Protokollierung statt mit folgender Tagesordnung:

1. Die Reichsregierung gegen die Erwerbslosen.
2. Bericht des 16er Ausschusses.
3. Verschiedenes und freie Aussprache.

Item 1. Punkt der Tagesordnung referiert das Ausschussmitglied, Gen. Steinweg, und verbreitet sich ausführlich über die Ursachen der heutigen gewaltigen Arbeitslosigkeit, beklagt die Anordnungen und Maßnahmen der Militärbehörden u. a. eingehend über die von ihnen eingerichteten Militärreparaturverwendungsnachweise. Von der dann einleitenden Revolution wurde dann alles Gedachte und Bestehende über den Haufen geworfen und die Regierung hat sich grund dessen erlaubt. Notstände und Reparaturen herauszugeben, um der nun plötzlich einleitenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Diese sind nun derartig ungenügend und unzureichend, daß sie bei der eigenen teuren Lebenshaltung und Arbeitslosigkeit in keiner Weise genügen können und die geistlichen Unterstützungssätze auch nicht annähernd dem Existenzminimum entsprechen. Der aus diesen Missethänden heraus sich nun bildende Reichserwerbslosenkongress stellte sich die Aufgabe, die Interessen der Erwerbslosen bei den zuständigen Regierungsstellen zu vertreten. Wie nun in den meisten Fällen, so stellte Redner auch hier wiederum fest, daß die Regierung den berechtigten Wünschen der Arbeitslosen in keiner Hinsicht entgegenkam. Ja, es eignete sich sogar, daß der dort anwesende Vertreter der Regierung den zuständigen Minister zwecks einer wichtigeren Angelegenheit den ganzen Tag nicht erreichen konnte. Ein Zeichen also, daß die Regierung dem Kongress jegliche Bedeutung absprach und hat dann auch später denselben als Körperlichkeit nicht anerkannt. Redner führt dann weiter aus, daß die Erwerbslosenfrage nicht allein Sache der Arbeitslosen, sondern der ganzen arbeitenden Bevölkerung ist, denn wer heute noch in Arbeit steht, kann schon morgen das Heer der Erwerbslosen vermehren helfen. Auch gegen die Anwürfe gewisser Kreise gegen die Arbeitslosen, als daß sie Arbeitslosigkeit und faules Gemüth um, wendet sich der Referent mit scharfen Worten und ist der Meinung, daß handwerklich mal die Arbeitsscheuen, die die sogenannten Kommunistenmittel bewahren, erliche, arbeitsscheue Arbeiter beschimpfen, und ihr Lebtage noch keine produktive Arbeit geleistet haben, daß für diese erstens mal die Arbeitspflicht angewandt würde und diese Leute vor allen Dingen zur Arbeit herangezogen werden müßten. Die Protestresolution des Kongresses wurde dann einstimmig und beifällig von den Versammelten angenommen. Gleichfalls fand der Antrag Annahme, einen Wochenbeitrag von 10 Wg. vom 1. Mai ab zu erheben zwecks Organisation und Unterstützung Erwerbsloser. Ein weiterer Antrag, den hiesigen Arbeitsnachweis der Grobindustrie, welcher hierorts als Arbeitsnachweisbüro ersten Ranges hinreichend bekannt ist, in Folge überhand nicht mehr zu betreiben, fand ebenfalls einstimmige Annahme. Ferner wurde das Benehmen der gewählten stettiner Arbeitervertreter lobend gerühmt, namentlich der Arbeiterrat und das Gewerkschaftskartell, weil sie ihr Interesse für die Arbeiter dadurch bekundeten, daß sie in einer so wichtigen Versammlung durch Abwesenheit absankten. Auch das hiesige Arbeiterblatt „Kollatsche“ hielt es nicht für nötig, über den Beitritt des Kongresses zu berichten, trotzdem ihm rechtzeitig die Notiz von leitender Stelle zugesandt war und um deren Aufnahme gebeten wurde. Nachdem dann noch mehrere Redner im Sinne des Referenten gesprochen, auch allgemein ihre Zustimmung zu den Arbeiten des Kongresses, als auch des 16er Ausschusses mit einem Hoch brachten, schloß der Obmann des Ausschusses mit einem Hoch auf die revolutionäre Arbeiterschaft die Versammlung.

## Deutschnationale Vereiner.

Am Dienstag hat in Chemnitz eine vom Zentralverband einberufene Angestelltenversammlung der Chemnitz Metallindustrie stattgefunden. Der Streik zu brechen, wenn die Chemnitz Metallindustrie nicht in Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag eintritt. In einer am Tage darauf abgehaltenen Versammlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes wurde nun einstimmig beschlossen, die Beteiligung am Streik abzulehnen.



# Aus Groß-Berlin.

## Leben und Sterben in Berlin.

Die Bevölkerungsbewegung der Stadt Berlin im Jahre 1918 wird jetzt vom Statistischen Amt veröffentlicht, aus der man einen interessanten Einblick in das Leben und Sterben der Millionen Berlins gewinnen kann. Die Zahl der Geburten stieg auf 20.228 gegen 18.725 im Jahre 1917. Damit ist also wieder eine Steigerung der Geburtenzahl festzustellen, die seit 1914, wo 47.498 Geburten zu verzeichnen waren, ständig fiel. Auch die Zahl der Eheschließungen ist gestiegen. Sie betrug 1914 mit den zahlreichen Kriegstragungen 22.702, 1917: 15.907, 1918: 14.345 und jetzt, 1918: 16.181.

Die Todesfälle sind infolge der traurigen Ernährungsverhältnisse und der epidemisch aufgetretenen Grippe im Sommer v. J. erheblich gestiegen. Ohne Lohnburden und Kriegsfälle sind 1918 allein 35.764 Menschen gestorben, davon waren 16.318 Männer und 19.446 Frauen. Die Zahl der Todesfälle fiel von 29.662 im Jahre 1914 auf 27.147 im Jahre 1916. Dann aber stieg die Zahl 1917 auf 34.138 und 1918 auf 35.764.

In der Gegenüberstellung der Zahl der Lebendgeborenen zu der der Todesfälle gewinnt man ein Bild über die gegenwärtigen Wirkungen des Krieges.

Die Kammer der Arbeit plant der Berliner Volksgesundheitsrat für den gesamten Wirtschaftsbezirk. Nach der Neuwahl des Berliner Arbeiterrates sollen aus der Mitte der Versammlung heraus Delegierte gewählt werden, die die von der Hauptversammlung gefassten Beschlüsse, Anträge usw. bearbeiten sollen. Aus der Delegiertenversammlung heraus soll dann ein Kopf gebildet werden, dem alle die Produktion und den Handel betreffenden Fragen unterbreitet werden. In dieser Kammer der Arbeit sollen alle Erwerbszweige und Berufe vertreten sein. Vor allem soll darauf Gewicht gelegt werden, daß in dieser Arbeitskammer auch die Berufe, die ziffermäßig hinter anderen zurückbleiben, die jedoch ein wichtiger Faktor des öffentlichen Lebens sind, eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung erhalten.

Im Neuföllner Arbeiterrat sollte der Volksgesundheitsrat gemeinsam mit dem Reichsgesundheitsrat gebildet werden. Im letzten Ausschuss versagten sie aber, so daß jetzt der Ausschuss aus 10 U. S. P. und 10 R. P.-Mitgliedern besteht. Es wurde dann ein Antrag angenommen, der die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes von der Regierung fordert. Geschloß das nicht, so will der Arbeiterrat selbst den Belagerungszustand als aufgehoben betrachten. Ein zweiter Beschluß fordert die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen.

Gegen den Flughafen auf dem Tempelhofer Felde wendet sich die Gemeindevertretung t. Tempelhofer. Alle Fraktionen wachen sich gegen den Plan aus.

## Sächsisches.

### Bekanntmachung des großen Arbeiterrates.

Montag, den 5. Mai, nachmittags 3 Uhr, im „Großen Saal“ des Zentraltheaters, Gottschalkstraße: Fortsetzung der öffentlichen Sitzung des großen Arbeiterrates Leipzig.

Das Präsidium: Dr. Geyer.

### Wer sind die Machthaber.

Auf die Erklärung der Bezirksleitung der U. S. P., daß die Machthaber mit der Geheimplatte Schindler sei, gab die Leipziger Neuesten Nachrichten die geheimnisvolle Erklärung, die U. S. P. sei nicht gemeint, sondern die wirklichen Machthaber. Daraufhin gibt nun der Große Arbeiterrat die folgende Erklärung ab:

Nachdem die Bezirksleitung der U. S. P. in Leipzig die Veröffentlichung der „Geheimplatte“ durch die Leipziger Neuesten Nachrichten“ und die daran geknüpften Bemerkungen der Leipziger Neuesten Nachrichten“ als Verleumdung zurückgewiesen hat, machen die Leipziger Neuesten Nachrichten“ den Versuch, die Verantwortung für diese Geheimplatte“ den „augenblicklichen Machthabern in Leipzig“ zuzuschreiben.

Falls damit der Leipziger Arbeiterrat gemeint sein sollte, erklärt das Präsidium des Großen Arbeiterrates zu Leipzig, daß ihm von einer derartigen Geheimplatte nichts bekannt ist. Leipzig, den 5. Mai 1919.

Das Präsidium des Großen Arbeiterrates, Dr. Geyer.

Wird nun das Hochblatt mitteilen, wer die Machthaber sind, die die Liste fabriziert haben? Daß sie von Machthabern herkommt, wird wohl stimmen, nämlich von den Kapitalisten und ihrem Anhang.

### Ein „Jreium“.

Die beiden Unabhängigen Livinski und Fleißner haben in Sitzungen und Versammlungen jenes Zugeständnis des Justizministers Dr. Harntsch ausgemerkt, wonach bei über Sachsen verhängte Belagerungszustand bereits vor der Lynchjustiz an Neurina heidolische Sache war. Damit entfällt der Verdacht, daß im Zusammenhang mit den „Lebungs-Bardaranten“ die demonstrierenden Kriegsveteranen provoziert worden sind.

Dagegen muß sich natürlich jetzt der Justizminister verwahren. Er läßt eine Erklärung los, in der er sagt, daß er erst nach der Darlegung der Verantwortung zunächst für Dresden den Belagerungszustand verhängte, daß erst nach Eintreffen weiterer Minister die Bekanntmachung für Dresden angeleitet und veröffentlicht worden sei. In der darauffolgenden Nacht aber nach Rückkehr des Ministerpräsidenten sei es zu dem weiteren Beschlusse des Gesamtkabinetts gekommen, den Belagerungszustand über ganz Sachsen zu verhängen. Die Erklärung schließt: „Ein momentanes Jreium, der mir am nächsten Tage gelegentlich einer vertraulichen Besprechung mit den Abgeordneten Fleißner und Livinski über die Reibensfolge der Ereignisse, die sich da seit den blutigen Ereignissen am Sonnabend geradezu überquert hatten, unterließ, ich auf der Stelle unabweislich aufgeklärt worden. Er wird jetzt zu Unrecht zu der Darstellung mißbraucht, als ob der Belagerungszustand von längerer Hand vorbereitet worden sei, was nach vorliegendem durchaus nicht der Fall ist.“

Das schließt dem Minister kein Mißtrauen, nach allem, was sich sonst noch zugegetragen. Wenn sonst nicht der Wille der Regierung vorläge, das schädliche Jreium zu propagieren und an Inebeln, mit welchem Grunde will sie die verhängte Unterdrückung der „Roten Fahne“ und das Verbot des „Kämpfers“ rechtfertigen? Mit welcher Begründung will sie heute noch den Belagerungszustand aufrecht, obwohl weder im Leipziger noch im Chemnitzer Bezirk völlige Ruhe herrscht?

### Sebstkürzung.

In einem Artikel der „R. P.“ vom 25. April über die Weichen zum Arbeiterrat heißt es u. a., daß die Kommunisten bisher entscheidend seien, da sie nur mit sechs aus den Betrieben gewählten Vätern aus dem Wahlgang hervorgegangen seien und somit die meiste Berechtigung hätten. Erklärt ist, daß die Kommunisten in der Leipziger Arbeiterschaft ständig an Werten gewinnen. Die Arbeiterschaft folge nur einer klaren sozialistischen Politik im Sinne des internationalen revolutionären Sozialismus.

Sehr richtig, der Meinung sind wir auch. Und wenn heute noch der größte Teil der sich an den Arbeiterratswahlen Beteiligten dennoch für die U. S. P. und nicht für die R. P. stimmte, so ist es dem Umstand zuzuschreiben, daß es der R. P. bis heute noch nicht gelungen ist, in allen Betrieben festen Fuß zu fassen. Denn während die Vertrauensleute der U. S. P. schon während des Krieges ihre Politik des Verwässerns in den Betrieben propagieren konnten, war es denen der R. P. nur seit dem Ausbruch der Revolution möglich, ihre Tätigkeit im Sinne des kommunistischen Manifestes zu entfalten. Dabei muß auch der ausbleibende rechte Erfolg.

Aber der Erfolg ist gar nicht so gering, als es der Artikel-schreiber hinstellen beliebt. Das beweisen nämlich die Zahlen bei den Wahlen der Arbeiterräte. Dort war Verhältnis-wahl. Und dort schon wir auch ein ganz anderes Bild, als bei den Wahlen in den Betrieben.

Die R. P. wird es sich natürlich aneignen sein lassen, im Sinne des Kommunismus weiter zu arbeiten. Der Erfolg ist ihr immer noch abzumachen. Denn noch aller Schwierigkeiten wird die kommunistische Partei in der Leipziger Arbeiterschaft an Boden gewinnen.

### Veranstaltungen der sozialistischen Jugend.

Allgemeines: Montag, den 5. Mai, abends 7 1/2 Uhr Verbandskollektion im „Jugendheim“, Leipzigerstr. 4. Erweitern aller Vorstandsmitglieder in Pflicht. Sitzungen sind beim Genossen Ulrich abzunehmen. Alt-Leipzig, Sonntag: Geheimes Zusammensein. Dienstag: Vereinsabend. Sonnabend: Sitzung im Gesellschaftssaal des Volkshauses. Großhoyer, Sonntag: Spieldaustausch nach Connewitz. Donnerstag: Generalversammlung. Die Veranstaltungen finden in der Schule statt. L. Neuföllner, Sonntag: Nachmittagsausführung. Montag: Vorstandssitzung. Mittwoch: Mitgliederversammlung. Freitag: Mädchenabend. Lindenau-Platz, Schloßstr. Sonntag, 4 Uhr: Literarischer Abend. Dienstag: Diskussion. Donnerstag, 7 Uhr: Spielen auf der Nonnenwiese. L. Neuföllner, Sonntag, 6 Uhr: Gesellschaft. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Vortrag. L. Ost, Sonntag: Gesellschaft. Mittwoch: Vereinsabend. L. Süd, Sonnabend: Konfirmandenfeier im „Goldenen Stern“, Köhlig, Sonntag: Spielen im „Gambinus“. Mittwoch, 8 Uhr: Diskussion. Gohlis, Sonntag ab 6 Uhr: Vereinsabend. L. Thonberg, Sonntag: Brudervereinsbesuch. Treffen 5 Uhr im Ostplatz. Donnerstag: Vereinsabend im „Gasthof Neureudnis“. Lindenau, Sonntag: Vereinsabend. Mittwoch: Vortrag. Freitag: Lesabend. Thelia-Portis, Sonntag: Ausflug nach den Pleiß. Abmarsch 2 Uhr. Mittwoch: Diskussion.

**Erleichterungen für Steuerzahler.** Bei der Höhe des Steuerfußes von 120 Prozent und den Schwierigkeiten der Zahlung sollen diesmal bestimmte Erleichterungen geschaffen werden, um die Möglichkeit der Ratenzahlung zu bieten. Es ist beabsichtigt, etwa bis zur Einkommenstufe 21 (6300 Mark) ohne weiteres zu gestatten, die fälligen Staats- und städtischen Steuern innerhalb einer angemessenen Frist, in 14-tägigen oder monatlichen Raten zu bezahlen. Den Steuerzetteln wird ein vorgedrucktes Formular beigelegt, das von den Steuerzahlern, die von diesem Zugeständnis Gebrauch machen wollen, auszufüllen und an das Stadtkassamt zurückzugeben ist. Mit diesem vereinfachten Verfahren tritt dann ohne weiteres der gewöhnliche Zahlungsmodus in Kraft. Allerdings muß das sächsische Finanzministerium zu dieser erleichterten Zahlungsweise seine Zustimmung geben.

Befreiungen, die ihre Geltung beendet haben, dürfen nicht ohne weiteres entlassen werden. Nach den geltenden Bestimmungen müssen sie weiter beschäftigt werden. Sollte sich ein Unternehmer weigern, so ist der Schlichtungsausschuss anzurufen.

### Lebensmittelkarten der.

Montag, den 5. Mai.

### Für Haushaltungen.

Anmeldung: Leiharbeiter: abzugeben 5 C und R der Lebensmittelkarte Reihe F (125 Gramm). Fleischmarkenstreifen M 1-5 (125 Gramm); M 2 und 10 der Erwachsenen-Fleischkarte, M 5 der Kinder-Fleischkarte (je 30 Gramm).

Eier: abzugeben Eiermarke S 6 (55 Pfg.). Amerik oder inland, Mehl: abzugeben linie Hälfte des Kartenscheines der Lebensmittelkarte Reihe F und Marken S 1 U, S 2 U, S 3 U der Lebensmittelkarten S 1, S 2, S 3 (S 2) (250 Gramm).

Ausgabe: Butter: letzter Tag - bestellt mit Landes-fettmarke M und Sondermarken 44.

Warme: bestellt mit 19 C und R der Lebensmittelkarte Reihe F (250 Gramm).

Fische: bis 19. Mai Nr. 1001-2000 der Haushaltkarte Nr. 31.

Ausgabe von Lebensmittel- und Kohlenkarten: Nr. 501-750 der Haushaltkarte.

### Für Händler.

Nährmittel, Mehl, Zucker für Kinder bis zu 2 Jahren und Nährmittel für Schwangere: Warenentnahme.

Milch: Milchartenablieferung durch die Milchhändler, Nr. 1-250.

Kartoffeln: Warenentnahme durch die Milchhändler.

Margarine und Butter: Bezugskartenentnahme durch die Milchhändler und Abgabe beim Großhändler.

Verantwortlich für die Redaktion: Georg Schumann, Leipzig.

Druck: Buchdruckerei „Fortschritt“, Leipzig.

Verlag: „Die Rote Fahne“, G. m. b. H. Berlin.

# Die Rote Fahne

Alle Mitglieder der K. P. D. sind verpflichtet, in den Bezirksvertriebsstellen die Rote Fahne zu abonnieren.

Genossen, welche die Rote Fahne gegen Entschädigung austragen wollen, bitten wir, sich umgehend in der Hauptvertriebsstelle zu melden.

### Die Expedition.

## BESTELLSCHEIN

Bitte ausfüllen und an die Expedition der „Roten Fahne“, Leipzig, Stötteritzer Straße 4, zu senden.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

ab ... Exemplar ... der täglich einmal erscheinenden Zeitung

## DIE ROTE FAHNE

Zentralorgan der K. P. D. (Spartakusbund)

Name: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_

(Name deutlich schreiben, genau ausfüllen.)

erscheint täglich mittags 2 Uhr und ist in folgenden Vertriebsstellen zu kaufen und zu abonnieren:

L. Neudnis: Stötteritzer Straße 4, Einwaag Reichshelmer Str.

L. Neudnis: Stötteritzer, Lutherstraße 1.

L. Neudnis: Ullrich, Clara, Hildegardstraße 34, I.

Junge, Lorenzstraße 5, Buchhandlung.

L. Volkmarshorst: Restaurant Schiffen, Ecke Söllitzer- und Hildegardstraße.

L. Thauer: Planik, Seilerhändler Straße 1.

L. Stötteritz: Krämer, Volkshäuser Straße 51.

Pannsdorf: Köhner, Paulinenstraße 3.

Leipzig-Stadt: Samersitz, Sidonienstraße 28, S. II.

„ „ Schneider, Braustraße 22, II. I.

„ „ Kollat, Kochstraße 57.

„ „ Sieich, Albrecht, Waldstraße 31, II.

„ „ Plats, Promenadenstraße 27, S. III.

„ „ Kollat, Eichenstraße 17, S. I.

„ „ Engelmann, Förderstraße 8, III. S.

„ „ Restaurant Markt, Rindfleischstraße 14/15.

„ „ Restaurant Gute Quelle, Täubchenweg 57.

„ „ Restaurant Sorewald, Waldstraße 20.

„ „ Müller, Wintergartenstraße (Zooanlagen, Reichshelmerhaus.)

L. Mödern: J. Donau, Neuhäuser Gasse 287, I. z.

L. Custritz: Kunze, Magdalenenstraße 15, I.

L. Gohlis: Kirchhoff, Regimentsstraße 11, II. z.

L. Rodau: Schöbel, Wilhelmstraße 18, II. z.

„ „ Stöhr, Leipziger Straße 175, II. z.

„ „ Henrich, Eilenburger Straße 3, II. I.

Thelia: Schirmer, Saurstraße 72.

L. Connewitz: Kühne, Meusdorfer Straße.

Gautsch: Enders, Städtelner Straße 3, I.

Knauffenberg: Junna, Säumerstraße 31.

L. Großhoyer: Eberts, Kurt, Knauffener Straße 37.

L. Neuföllner: Gebhardt, Bahnhofstraße.

L. Plagwitz: Reitzner, Sidmannstraße 1, III.

L. Lindenau: Kollat, Förderstraße 21, III. I.

L. Custritz: Engelmann, Lindenauer Straße 20.

Engelsdorf: Gubatz, Klingnerstraße 27.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband Ortsverwaltung Berlin

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat beschlossen, zum sofortigen Antritt 7 Angestellte wählen zu lassen. Bewerber müssen vollkommen mit den Verbandsgeschäften vertraut und rednerisch begabt sein. Voraussetzung für die Bewerbung ist eine fünfjährige Mitgliedschaft. Aus der Bewerbung muß Alter, Beruf sowie die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen. Die Bewerbungen sind bis zum 9. Mai 1919 mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Kollegen Oskar Rusch, Berlin N. 54, Lilienstr. 83/85 einzusenden. Später einlaufende Bewerbungen werden nicht berücksichtigt.

## Straßenverkäufer

Verkäufer in den Betrieben.

## Zeitungsausträger

wollen sich in der Hauptvertriebsstelle L. Reudnitz, Stötteritzer Str. 4 (Laden), melden.

Die Expedition.